

DAK-Report: Menschen in Schleswig-Holstein verlieren das Vertrauen in die Pflegeversorgung

- Aktuelle Allensbach-Umfrage im Auftrag der DAK-Gesundheit zeigt Erwartungen an große Pflegereform
- Hälfte der Befragten in Schleswig-Holstein rechnet in Zukunft mit schlechterer Versorgung
- DAK-Landeschef Cord-Eric Lubinski fordert strukturelle Neuausrichtung der Pflegeversicherung

Kiel, 23. Februar 2026. In Schleswig-Holstein gibt es einen großen Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Pflegeversorgung: 67 Prozent der Menschen bewerten die Pflegesituation derzeit als nicht oder gar nicht gut. Jede und jeder Zweite rechnet mit einer Verschlechterung innerhalb der nächsten zehn Jahre. Das geht aus einer aktuellen repräsentativen Umfrage durch das Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) im Auftrag der DAK-Gesundheit hervor. Diese zeigt die Erwartungen der Menschen in Schleswig-Holstein an Politik und Pflegereform auf: 90 Prozent der Befragten fordern, dass die Pflege in Deutschland „für alle bezahlbar“ werden müsse. Hohe Kosten für die Pflege im Heim werden als eines der zentralen Probleme benannt. Ende 2025 hatte die von Bundesgesundheitsministerin Nina Warken eingesetzte Bund-Länder-Kommission „Zukunftspakt Pflege“ ihre „Roadmap“ für die angekündigte große Pflegereform vorgelegt.

„Unser DAK-Pflegereport zeigt eine große Verunsicherung der Bevölkerung in Schleswig-Holstein“, sagt Cord-Eric Lubinski, Landeschef der DAK-Gesundheit. „Die Ergebnisse der Allensbach-Befragung sind ein Weckruf an die Politik in Bund und Ländern. Das Vertrauen der Menschen in die Pflege muss gestärkt und die bekannten Probleme in der Finanzierung und Versorgung müssen gelöst werden. Wir brauchen jetzt eine Reform mit einer strukturelle Neuausrichtung der Pflegeversicherung, die die Menschen in Schleswig-Holstein ausreichend, verlässlich und bezahlbar absichert.“

Für den DAK-Pflegereport hatte das Institut für Demoskopie Allensbach gemeinsam mit Studienleiter Prof. Dr. Thomas Klie bundesweit rund 4.400 Menschen zwischen 16 und 75 Jahren befragt, davon knapp 200 in Schleswig-Holstein. Die Ergebnisse zeigen die Erwartungen, Ängste und

Herausforderungen der Bevölkerung auf. Demnach sehen 76 Prozent der Befragten in Schleswig-Holstein die Finanzierung der Pflegeversicherung als nicht gesichert an.

Große Sorge um verlässliche Pflegeversorgung

Die Mehrheit der Menschen in Schleswig-Holstein sieht die Pflegeversorgung gefährdet: 67 Prozent der Befragten empfinden diese als nicht gut oder gar nicht gut. 50 Prozent gehen davon aus, dass sich die Situation in den kommenden zehn Jahren weiter verschlechtert. Die größten Probleme sehen die Befragten in Schleswig-Holstein in den Bereichen Versorgung und Finanzierung: 76 Prozent der Befragten bewerten den Personalmangel und zu wenige Pflegekräfte als größtes Problem. An zweiter Stelle werden die hohen Kosten für Pflegebedürftige und ihre Familien bei stationärer Pflege genannt (74 Prozent). Aus Sicht von 68 Prozent ist die Finanzierung des gesamten Pflegesystems die größte Herausforderung.

Bevölkerung fordert bezahlbare Pflege

90 Prozent sehen es als wichtigstes Ziel, die Pflege für alle Menschen bezahlbar zu machen. 81 Prozent erwarten eine langfristige Sicherung der Finanzierung. Für 78 Prozent ist die Deckelung der Pflegeheimplatzkosten wichtig, während sich 73 Prozent eine Vereinfachung des Leistungssystems wünschen. Die große Mehrheit (86 Prozent) der Befragten in Schleswig-Holstein erlebt es als ungerecht, nach langjähriger Einzahlung in die Pflegeversicherung bei Pflegebedarf nicht ausreichend abgesichert zu sein. Noch mehr (87 Prozent) sind überzeugt, dass die Pflege für viele Menschen schlicht nicht mehr bezahlbar ist. Rund drei Viertel fürchten, durch die Kosten überfordert zu werden, sollten sie selbst pflegebedürftig werden. Fast genauso viele Menschen setzen Pflege mit einem Armutsrisiko für Pflegebedürftige und ihre Familien gleich.

Mehrheit fordert staatliche Zuschüsse zur finanziellen Absicherung

Um die Finanzierung der sozialen Pflegeversicherung auf ein zukunftssicheres Fundament zu stellen, sieht die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein den Staat in der Pflicht: Mehr als die Hälfte der Befragten (54 Prozent) findet, es sei ausschließlich Sache des Staates und der gesetzlichen Pflegeversicherung, einen Pflegebedarf abzusichern. 62 Prozent finden, es sollten staatliche Zuschüsse oder Steuermittel eingesetzt werden, um die Absicherung von Pflegebedürftigen sicherzustellen. 45 Prozent finden, Vermögende sollten im Pflegefall stärker an den Pflegekosten beteiligt werden. 43 Prozent halten eine Beitragserhöhung für vermögende oder gutverdienende

Pressemeldung

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Sönke Krohn | Nagelsweg 27-31 | 20097 Hamburg
Tel: 040 253 214 753 | Mobil: 0172 517 34 22 | E-Mail: soenke.krohn@dak.de

Menschen für den richtigen Weg. Ein klares Meinungsbild gibt es auch zur Überlegung der Bund-Länder-Arbeitsgruppe, eine private Pflegezusatzversicherung einzuführen: Nur eine Minderheit (18 Prozent) befürwortet dies.

Die DAK-Gesundheit hat in Schleswig-Holstein rund 240.000 Versicherte. Bundesweit sind rund 5,4 Millionen Menschen bei der DAK-Gesundheit versichert. Aktuell beziehen rund 560.000 davon Leistungen der Pflegekasse. Angebote zum Thema Pflege unter [Pflege: Tipps und Leistungen \(dak.de\)](https://www.dak.de/pflege-tipps-und-leistungen)